

TOP: 7

Beschlussvorlage
Öffentlich :Ja

Amt/Geschäftszeichen
Federführendes Amt :Bauamt

Datum
05.01.2016

Drucksache-Nr.:01-3-2016

Beratungsfolge

Gremium/Ausschuss	Termin	Genehmigung	Stimmverhältnis	J	N	E
Ortsbeirat						
Stadtverordnetenversammlung	21.01.2016					

Betreff:

Beratung und Beschluss: Städtebaulicher Vertrag zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 57 "Am Sittelskanal"

Beschlussvorlage

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt den Abschluss des Städtebaulichen Vertrages zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 57 der Stadt Kremmen "Am Sittelskanal".

Der Bürgermeister wird bevollmächtigt, den Vertrag abzuschließen.

Beratungsergebnis:

Gremium: Sitzung am: TOP

Anz. Mitgl. :19 dav. anwesend Ja..... Nein..... Enthalt.....

Laut Besch.vorlage..... Abweichender Beschl.(Rückseite).....

eingbracht durch :Bürgermeister
Bearbeiter :Frau Susanne Tamms

.....
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

Problembeschreibung/Begründung
Siehe Anlage!

Finanzielle Auswirkung

Finanzielle Auswirkungen? ja, Kosten trägt Vorhabensträger.

Gesamtkosten der Maßnahmen: € Jährliche Folgekosten : €

Finanzierung
Eigenanteil : € Einnahmen (Zuschüsse) Objektbezogene
: €

Haushaltsbelastung : € jährlich :

Veranschlagung :
mit : €
Produktsachkonto :
im Ergebnishaushalt : im Finanzhaushalt :



**Städtebaulicher Vertrag zur Aufstellung des
Bebauungsplan Nr. 57 "Am Sittelskanal"
Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB**

Zwischen

der Stadt Kremmen
Am Markt 1
16766 Kremmen
vertreten durch den Bürgermeister Klaus-Jürgen Sasse

nachfolgend "Stadt" genannt –

und

der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH
Dipl. - Ing. Eckhard Kuhn
Ruppiner Str. 57
16766 Kremmen

vertreten durch den Geschäftsführer Dipl. - Ing. Eckhard Kuhn

nachfolgend "Vorhabenträger" genannt-

wird folgender städtebauliche Vertrag geschlossen:

Präambel:

- (1) Der Vorhabenträger beabsichtigt die in der anliegenden Lageskizze dargestellte Fläche (Anlage 1) die bauliche Nutzung (Wohngebiet WA und eingeschränkte Gewerbegebiet GEE), planungsrechtlich zu entwickeln.
- (2) Durch diesen städtebaulichen Vertrag soll das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplan Nr. 57 "Am Sittelskanal" für diese Fläche abgesichert, vorbereitet und durchgeführt werden.
- (3) Als Voraussetzung für den Satzungsbeschluss sich die Notwendigkeit des Abschlusses eines städtebaulichen Vertrages, durch den die Stadt in die Lage versetzt wird das Planungsvorhaben in der Funktion des Plangebers zu begleiten. Mit dem Satzungsbeschluss wird die Stadt alle ordentlichen Schritte der Planentwicklung begleiten.

§ 1 Vertragsgegenstand

Die Stadt beabsichtigt den Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 57 "Am Sittelskanal" zu fassen. Ziel des Bebauungsplans ist es, die in Rede stehende Fläche mit der Festsetzung als allgemeines Wohngebiet WA als eingeschränkte Gewerbegebiet GEe zu erweitern.

Die von dem Planverfahren beanspruchte Fläche hat eine Größe von ca. 1,25 ha und betrifft – Grundstücksflächen südlich der Straße Sittelskanal, westlich der Grundstücke Ruppiner Straße 51, 53, 55, Flurstücke 246, 18 sowie teilweise 16/2 und die Grundstücksteilfläche Ruppiner Straße 53: Flurstück 242 teilweise.

§ 2 Kostenübernahme für die Erstellung des Bebauungsplans

- (1) Der Vorhabenträger trägt die Kosten des Verfahrens zur Aufstellung und der Realisierung des Bebauungsplans Nr. 57.
- (2) Der Vorhabenträger verpflichtet sich insbesondere, auf seine Kosten ein anerkanntes Planungsbüro mit dem Entwurf des Bebauungsplanes einschließlich der dazu gehörigen Begründung erarbeiten zu lassen. Der Vorhabenträger verpflichtet sich weiterhin, sämtliche für das Bauleitplanverfahren notwendigen Unterlagen auf seine Kosten erstellen zu lassen. Dies gilt insbesondere auch für erforderliche Gutachten.
- (3) Der Vorhabenträger hat die Entwürfe der Planung einschließlich Planzeichnung und Begründung, Entwürfe des Umweltberichtes und des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrags sowie die Abwägung mit der Stadtverwaltung Kremen abzustimmen. Bei der Erarbeitung der Unterlagen haben der Vorhabenträger bzw. die von ihm Beauftragten die Vorschriften und Regelungen zu beachten, die für die Stadt im Rahmen des Bauleitplanverfahrens gelten.
- (4) Die Kosten für eine notwendige Änderung des Flächennutzungsplans trägt der Vorhabenträger.
- (5) Der Vorhabenträger verpflichtet sich weiterhin, alle mit der Erarbeitung dieses Bebauungsplans entstehenden Vermessungskosten zu tragen.

§ 3 Herstellung der Erschließung und Kostenübernahme

- (1) Sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Planung und dem Ausbau der Erschließungsanlagen entstehen, gehen zu Lasten des Vorhabenträgers. Der Ausbaustandard hat dem einer öffentlichen Erschließungsstraße entsprechen, die Planung ist durch die Stadt vor Ausführung zu bestätigen.
- (2) Die Verkehrsfläche wird als sonstige öffentliche Straße, Eigentümerweg klassifiziert und verbleibt nach Fertigstellung beim Vorhabenträger.

§ 4 Pflichten der Stadt

Die Stadt verpflichtet sich, den Vorhabenträger während des Planverfahrens regelmäßig über den Stand des Verfahrens zu unterrichten, das Vorhaben zügig voranzutreiben und ihm die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie Dritter zur Kenntnis zu geben.

§ 5 Planungshoheit

Die Planungshoheit der Stadt wird durch diesen städtebaulichen Vertrag weder berührt noch eingeschränkt. Der Rechtsanspruch auf die Aufstellung des geplanten Bebauungsplans Nr. 57 mit einem bestimmten Inhalt besteht nicht. Schadensersatzansprüche gegen die Stadt können bei Abbruch oder Fehlschlagen dieser Bauleitplanung geltend gemacht werden.

§ 6 Rechtsnachfolge

Dieser Vertrag gilt auch für einen etwaigen Rechtsnachfolger/in des Vorhabenträgers. Der Vorhabenträger verpflichtet, einen etwaigen Rechtsnachfolger auf die Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Vertrag ebenfalls zu verpflichten.

§ 7 Rücktritt

- (1) Für den Fall, dass die Stadt die Planungsverfahren nicht durchführt, eine andere Planung als die in dem Vertrag vorgesehene verfolgt oder der Bebauungsplan dauerhaft weder zum Satzungsbeschluss noch zur Planreife im Sinne des § 33 Baugesetzbuches (BauGB) erlangt, ist der Vorhabenträger berechtigt, diesem Vertrag zurückzutreten. Das Rücktrittsrecht ist durch schriftliche Erklärung gegenüber der Stadt auszuüben.

§ 8 Schlussbestimmungen

- (1) Vertragsänderungen oder Ergänzungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Nebenabreden bestehen nicht. Beide Vertragsparteien sichern ausdrücklich eine kooperative Zusammenarbeit zu.
- (2) Der städtebauliche Vertrag wird dreifach ausgefertigt. Jede Vertragspartei erhält eine Ausfertigung, die der Originalausfertigung wird dem Satzungsdokument beigelegt.
- (3) Die Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen berührt die Wirksamkeit der übrigen Regelungen des Vertrages nicht. Die Vertragsparteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem Sinn und Zweck des Vertrages rechtlich und wirtschaftlich entsprechen.
- (4) Der Vorhabenträger stellt sicher, dass die Stadt alle relevanten Unterlagen in ausreichender Anzahl, Form und Qualität sowie termin- und fristgerecht erhält. Versäumnisse gehen ausschließlich zu Lasten des Vorhabenträgers.

Vorhabenträgers.

16766 Kremmen, den

16766 Kremmen, den

Stadt Kremmen
Klaus-Jürgen Sasse
Bürgermeister

Vorhabenträger
Eckehard Kuhn
Geschäftsführer der WOBA